

Aktueller Stand des Transformationsprogramms „Potsdam smart gestalten und verwalten“ und des Bürgerserviceportals

Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

30.04.2024

Themen

- ➔ Überblick zum **Transformationsprogramm**
„Potsdam smart gestalten und verwalten“

- ➔ Vertiefung: **Aktueller Stand beim**
Bürgerserviceportal nach Go Live im Januar

- ➔ Vertiefung: **Kurzer Bericht zum Praxisseminar**
„Prozessmanagement“ mit der Uni Potsdam



Wir stehen an der Schwelle zur nächsten Phase der Digitalisierung



x Aufbau wichtiger **Grundlagen**

x Bereitstellung neuer **digitaler Anwendungen** in der Breite (Auswahl)

In den letzten Jahren ...



... in den kommenden Jahren



Zur Vorbereitung der nächsten Phase der Digitalisierung: **Bestandsaufnahme der digitalen Transformation** mit externer Unterstützung in 2023 zur Erarbeitung der **Voraussetzungen für eine noch stärkere inhaltliche Verzahnung** der verschiedenen Vorhaben (siehe auch MV 23/SVV/1238)

→ Zielstellung: Optimales Zusammenwirken der verschiedenen Werkzeuge und Projekte für maximalen Mehrwert für Nutzende



Bei der Umsetzung der nächsten Phase der Digitalisierung müssen die geschaffenen **Grundlagen und Werkzeuge** trotz steigender Komplexität weiter **optimal zusammenwirken**

Dafür sind auch **Arbeitsweisen und Abläufe kontinuierlich weiterzuentwickeln**, damit technische Lösungen ihre volle Wirkung entfalten können

Gleichzeitig müssen **neue Entwicklungen** – z.B. leistungsstarke KI-Lösungen – übergreifend bewertet und wo sinnvoll und praktikabel **berücksichtigt** werden

Konkretes Beispiel Digitale Bürgerservices:

- **Bürgerserviceportal** als Plattform, die in das zukünftig neu gestaltete **Potsdam.de** eingebunden wird
- Einsatz von **Prozessmanagement** und **E-Akte** zur Prozessoptimierung (zukünftig ggf. auch Nutzung von KI-Unterstützungs- und Automatisierungspotentialen)
- Ermöglichung von **E-Payment-Lösungen** unter Einbindung des Geschäftsbereichs Finanzen
- **Fachliche Leistungserbringung** für die ca. 300 nach Onlinezugangsgesetz relevanten Bürgerleistungen in zahlreichen Einheiten der Verwaltung



Zielstellungen an Verzahnung der Projekte



Optimale Schnittstellen, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch **zwischen Projekten** (bei gleichzeitiger Minimierung zusätzlicher Abstimmungsaufwände)



Synchronisierung der weiteren **Planung** (auch vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen)



Übergreifende Bewertung und Adressierung **neuer Entwicklungen** (z.B. im Bereich KI)



Schnelle Identifikation und **gemeinsame Lösung** ggf. **auf tretender Hindernisse** und Flaschenhälse



Größtmögliche Nutzerfreundlichkeit von Lösungen für Bürgerinnen und Bürger (sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)



Einheitliche und **zielgruppengenaue Kommunikation** zur Digitalisierung und neuen konkreten Anwendungsmöglichkeiten



Der Programmauftrag „Potsdam smart gestalten und verwalten“ gibt dabei die Richtung vor



Nachfolgend dargestellt

Mit dem Programmauftrag werden die Voraussetzungen für eine **weitere Verzahnung der verschiedenen Elemente der digitalen Transformation** der Verwaltung in den nächsten zwei Jahren geschaffen – durch ...



... Ein übergreifendes **gemeinsames Zielbild** für alle Vorhaben, das abgeleitet vom gesamtstädtischen Ziel des „Digitalen Potsdams“ Zielzustände für sechs Arbeitsfelder beschreibt



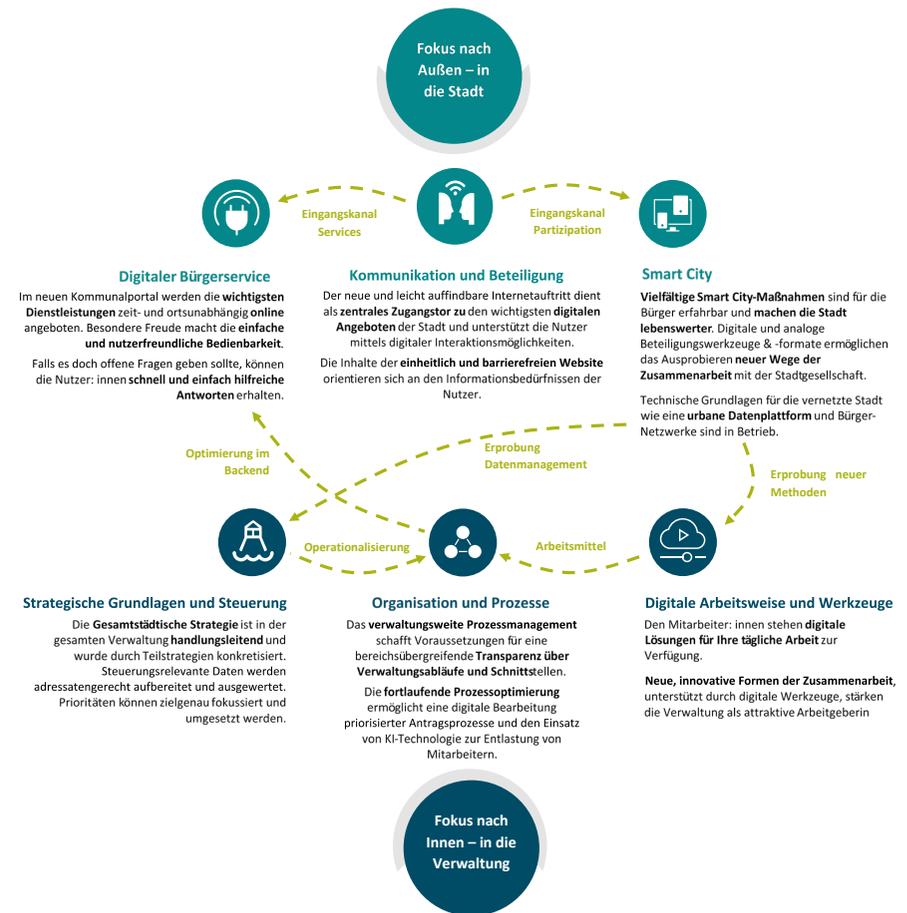
... **Übergreifende Programmstruktur und -planung** unter Nutzung agiler Methoden und Projektmanagement-Standards (z.B. „OKR“ – „Objectives and Key Results“), um die definierten Zielzustände zu erreichen



... Eine Stärkung der **kommunikativen Veränderungsbegleitung** und Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter **mit Blick auf die gesamthafte digitale Transformation** der Verwaltung insgesamt, nicht nur mit dem Fokus auf einzelne Vorhaben



Abgeleitet vom Ziel „Digitales Potsdam“ werden Zielzustände in 6 ineinandergreifenden Arbeitsfeldern angestrebt





Übersicht zu den Projekten im Programm „Potsdam smart gestalten und verwalten“



Wirkung primär nach außen (Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen)			Wirkung primär nach innen (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)		
Digitaler Bürgerservice	Smart City	Kommunikation & Beteiligung	Digitale Arbeitsweise & Werkzeuge	Organisation & Prozesse	Strategische Grundlagen & Steuerung
Bürgerserviceportal	Klimaschutz und Klimaanpassung	Relaunch potsdam.de	Dokumenten-Managementssystem	Aufbau zentrales Prozessmanagement	IT-Strategie
OZG / Bürgerservice Task Force	Quartiersentwicklung	Beteiligungsportal	Social Intranet	Organisationsuntersuchung FB23	Digitalstrategie
	Integrierte Verkehrswende		Digitalisierung Querschnittsprozesse	Organisationsuntersuchung FB39	Datenstrategie
	Smart Region		Digitalisierung Haushalt und Rechnungsprozess	Organisationsuntersuchung FB53	
	Verknüpfung digitaler und analoger Teilhabe		Moderne Arbeitswelten	Prozessautomatisierung/KI	
	Urbane Netzwerke, Infrastruktur und Datenplattform				
	Fortschreibung Smart City Strategie				

- x Pipeline-Projekt (noch nicht operationalisiert)
- x Konzeptionelle Vorarbeiten / Planung gestartet
- x Projektinitiierung / Beauftragung gestartet
- x Projektumsetzung läuft
- x Nachfolgend vertieft



Go Live:
02. Januar 2024



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Das neue
**Bürgerservice-
portal**
als zentraler
Einstieg für
Bürgerinnen
und Bürger

Herzlich Willkommen

im Bürgerserviceportal der Landeshauptstadt
Potsdam.



Suchwort eingeben ... z.B. Heiratsurkunde, Geburt, Adoption

Landeshauptstadt Potsdam

Häufig abgerufen

Lebenslagen für Bürgerinnen und Bürger

[Eheurkunde beantragen](#)

Geschäftslagen für Unternehmen

[Melderegisterauskunft Erteilung](#), [Hausnummer Festsetzung](#)



Leistungen
für Bürger



Leistungen
für Unternehmen

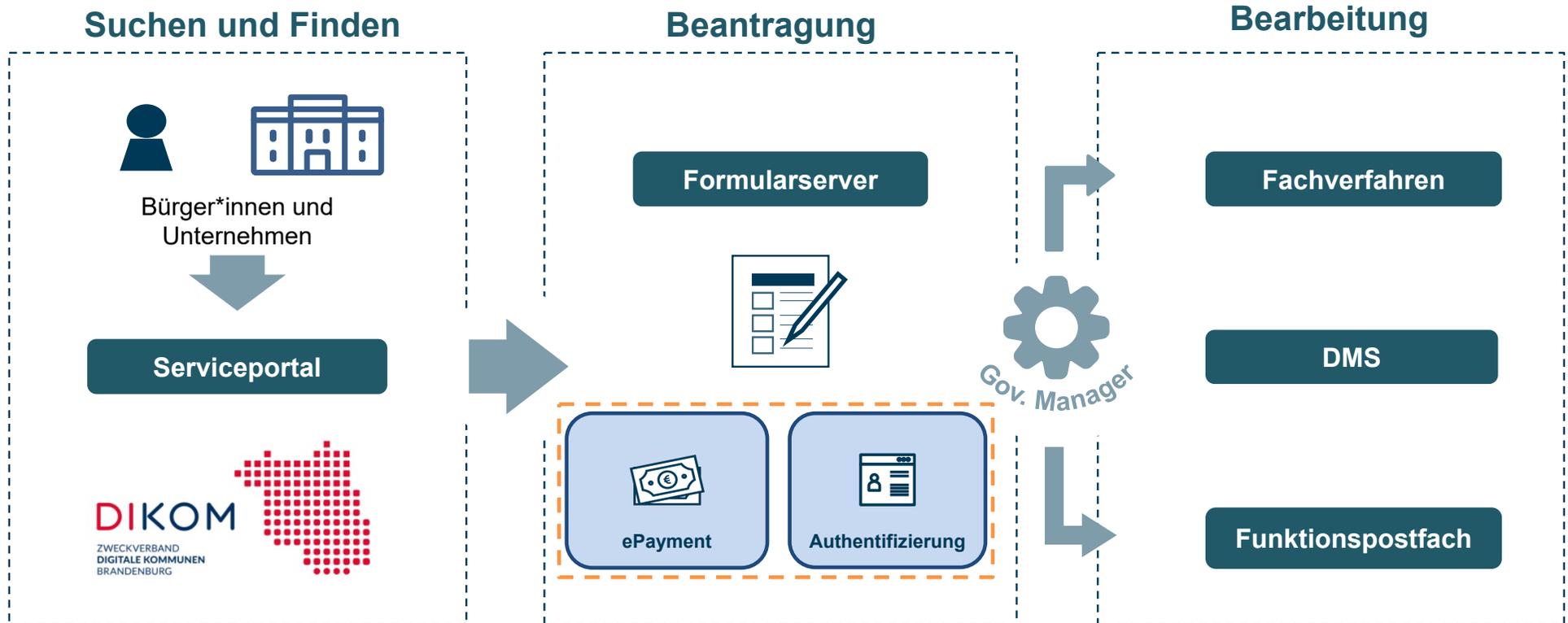


Das Portal bündelt für Bürgerinnen und Bürger den digitalen Zugang zu zahlreichen verschiedenen Verwaltungsleistungen



Landeshauptstadt
Potsdam

 In Bearbeitung





Durch Verbund mit Landes- und Bundesportal werden ebenenübergreifend einheitliche Informationen sichergestellt



Landeshauptstadt
Potsdam

einheitliche Stammtexte

Bundesportal



Länderportale,
z.B. Serviceportal Brandenburg
mit „BUS-BB“¹
als Redaktionssystem



Portale der Kommunen,
z.B. Bürgerserviceportal Potsdam



Was möchten Sie beantragen?

Startseite

Personalausweis beantragen

Wenn Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können Sie einen Personalausweis beantragen.

Potsdam, Stadt, Brandenburg

Region ändern

Online-Dienste

Online-Terminverwaltung Bürgerservicecenter

Beschreibung	▼
Erforderliche Unterlagen	▼
Formulare	▼
Online-Dienste	▼
Kontakt / Ansprechpunkt	▼
Voraussetzungen / Hinweise	▼
Gebühren / Kosten	▼
Rechtsgrundlagen / Rechtsbehelfe	▼



Start Aktuelles Adressen Verwaltungsdienste

Verwaltungsleistungen suchen

Personalausweis beantragen

Sie suchen aktuell in Potsdam (144...)

Personalausweis beantragen

Wenn Sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können Sie einen Personalausweis beantragen.

Ihre zuständige Stelle
Landeshauptstadt Potsdam - 3221 Arbeitsgruppe Bürgerservicecenter
Adresse: Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
Postanschrift: 14469 Potsdam (Friedrich-Ebert-Straße 79/81)

Mehr Informationen über Ihre zuständige Stelle

Online erledigen

- Formulare
- Ausführliche Beschreibung
- Voraussetzungen
- Erforderliche Unterlagen
- Ablauf
- Bearbeitungsdauer
- Fristen
- Zuständigkeit

Start HINWEISE ADMINISTRATION LETZTE AKTUALISIERUNG

Personalausweis beantragen

Als Person mit deutscher Bürgerzugehörigkeit für die neue Personalausweise ausstellen lassen. Können Sie bei der 14. Lebensjahresfeier eintragen lassen und bei der 16. Lebensjahresfeier eintragen lassen. Können Sie bei der 18. Lebensjahresfeier eintragen lassen und bei der 19. Lebensjahresfeier eintragen lassen.

- Antragsstellung unter 24 Jahren: Personalausweis ist gratis möglich
- Antragsstellung ab 24 Jahren: Personalausweis ist 10 Euro möglich

Der Personalausweis enthält die folgenden zur Abwehr der gefälschten Güterpapiere: einen

- Chip (Kartensymbol) mit einem Antifälschungssymbol
- ein Lichtbild (mit einer Abwehr der gefälschten Güterpapiere)

Es gibt eine Ausnahme: Die Änderung Ihres Ausweises oder Ihre Größe können auch zur Verfügung sein. Bei einer Änderung Ihres Ausweises oder Ihrer Größe ist ein neues Lichtbild erforderlich. Bei einer Änderung Ihres Ausweises oder Ihrer Größe ist ein neues Lichtbild erforderlich.

Seit dem 1. August 2021 gibt es für die Bürgerinnen und Bürger eine neue Personalausweis-App. Diese App ist für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt. Sie können die App auf Ihrem Smartphone oder Tablet installieren. Die App ist für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt. Sie können die App auf Ihrem Smartphone oder Tablet installieren.

Spezielle Hinweise für Ausweiskarte Potsdam

Seit dem 1. November 2019 gibt es den neuen Personalausweis. Er wird im Selbstausweisantrag erstellt und beinhaltet einen Chip, der die Identifizierung des Antragstellers ermöglicht. Auf dem Chip sind die Ausweiskarte und die digitale Unterschrift des Antragstellers gespeichert. Zusätzlich sind die wichtigsten Daten des Antragstellers gespeichert.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

Die neue Funktion **Self-Portrait** ist optional. Mit dieser Funktion kann man sich ein eigenes Foto anfertigen und dieses auf dem Personalausweis speichern. Die Funktion ist optional und muss aktiviert werden.

1. „Bürger- und Unternehmensservice Brandenburg“



Schritt für Schritt werden immer mehr Verwaltungsleistungen digital verfügbar gemacht



Verwaltungsleistungen wurden bereits Verknüpfungen mit BUS-BB eingerichtet – zu diesen sind Informationen im Bürgerserviceportal abrufbar

Beispiele:

- Personalausweis beantragen
- Führerscheinausstellung
- Infektionsschutzbelehrung
- Eheschließung anmelden
- Wohnsitz Änderung
- Mülltonne Anmelden
- Baumfällgenehmigung

für
20

Verwaltungsleistungen ist die Bereitstellung von Online-Anträgen im 2. Quartal geplant (Digitalisierungspipeline)

Beispiele:

- Wohnberechtigungsschein
- Lagerfeuergenehmigung
- Landespflegegeld beantragen
- Wahlhelferanmeldung
- Aufenthaltstitel erweitern
- Einbürgerung
- iKfz - Stufe 4



Verwaltungsleistungen sind bereits Online-Anträge im Bürgerserviceportal verfügbar

Beispiele:

- Wohngeld beantragen
- Lebenspartnerschaftsurkunde
- Bildung und Teilhabe
- Meldebescheinigung
- Bewohnerparkausweis
- Führungszeugnis
- Eheurkunde



Eine Auswertung der über 26.000 Aufrufe seit Go Live zeigt die am meisten nachgefragten Leistungen



über
26.000
Aufrufe
seit Go Live
zwischen
02.01 und
22.04.

Top-10 Leistungen nach Aufrufen	Anzahl Aufrufe
Personalausweis beantragen	6381
Wohnsitz Anmeldung als Hauptwohnsitz	2315
Führungszeugnis beantragen	2092
Eheschließung Anmeldung	1618
Wohnsitz Änderung	1363
Alten Führerschein in neuen Führerschein umtauschen	1206
Führerschein Ausstellung	961
Melderegisterauskunft Erteilung	782
Bewohnerparkausweis Erteilung	732
Wohngeld erstmalig oder neu beantragen	675



Aktuell auf
Bürgerserviceportal
verfügbare
Funktionen:

- Informationen
- Link auf **Online-Terminvereinbarung**
- Link auf **Online-Statusabfrage**
- Link auf **Online-Antrag**



Das Praxisseminar „Prozessmanagement“ mit der Uni Potsdam unterstützt den zielgenauen Wissenstransfer



Wirkung primär nach außen (Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen)			Wirkung primär nach innen (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)		
Digitaler Bürgerservice	Smart City	Kommunikation & Beteiligung	Digitale Arbeitsweise & Werkzeuge	Organisation & Prozesse	Strategische Grundlagen & Steuerung
Bürgerserviceportal	Klimaschutz und Klimaanpassung	Relaunch potsdam.de	Dokumenten-Managementssystem	Aufbau zentrales Prozessmanagement	IT-Strategie
OZG / Bürgerservice Task Force	Quartiersentwicklung	Beteiligungsportal	Social Intranet	Organisationsuntersuchung FB23	Digitalstrategie
	Integrierte Verkehrswende		Digitalisierung Querschnittsprozesse	Organisationsuntersuchung FB39	Datenstrategie
	Smart Region		Digitalisierung Haushalt und Rechnungsprozess	Organisationsuntersuchung FB53	
	Verknüpfung digitaler und analoger Teilhabe		Moderne Arbeitswelten	Prozessautomatisierung/KI	
	Urbane Netzwerke, Infrastruktur und Datenplattform				
	Fortschreibung Smart City Strategie				

- Pipeline-Projekt (noch nicht operationalisiert)
- Konzeptionelle Vorarbeiten / Planung gestartet
- Projektinitiierung / Beauftragung gestartet
- Projektumsetzung läuft
- Nachfolgend vertieft

Praktisches Beispiel, wie Werkzeuge der Transformation ineinandergreifen

Praxisseminar „Prozessmanagement“ mit dem Lehrstuhl für „Public & Nonprofit Management“ der Universität Potsdam und fachlicher Unterstützung durch „PD – Berater der öffentlichen Hand“

Durchgeführt im Wintersemester 2023/2024

Vier Studierenden-Teams analysieren und modellieren nach Interviews mit Mitarbeitenden aktuelle Abläufe für Bürgerleistungen unter Verwendung der neuen Prozessmanagement-Werkzeuge der LHP – und erarbeiten praktische Vorschläge für die Weiterentwicklung der Prozesse

Vier Bürgerleistungen im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt wurden betrachtet:

- **Denkmalrechtliche Erlaubnisse erteilen** (außerhalb Baugenehmigungsverfahren)
- **Private Feuerwerke genehmigen**
- **Hausnummern zuordnen**
- **Wasserrechtliche Erlaubnis für die Nutzung einer vertikalen Erdwärmesonde erteilen**



Mehrwert durch Praxisseminar

+ **Gelebter Wissenstransfer** für beide Seiten und Möglichkeit für Sammlung praktischer Erfahrungen durch Studierende

+ **Anwendung von Prozessmanagement-Werkzeuge** wird in der Breiter der Verwaltung weiter **verankert** und das Prozessbewusstsein geschärft

+ **Prozessplattform** wird **mit weiteren**, nach LHP-Standard erstellten **Prozessmodellen gefüllt** – dies erlaubt einen immer besseren Blick auf die Prozesse im Haus

+ Konkrete **Vorschläge für die Weiterentwicklung der Prozesse** unter Berücksichtigung digitaler Möglichkeiten

+ Landeshauptstadt Potsdam wird als **mögliche Arbeitgeberin ins Bewusstsein gerückt** (Teilnehmende des Praxisseminars bereits als Werkstudierende gewonnen)

Praxisseminar „Prozess- management“ mit der Uni Potsdam

Praxisseminar „Prozess- management“ mit der Uni Potsdam



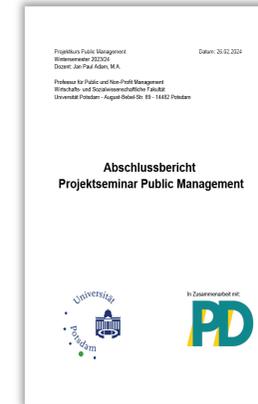
Prozessinterviews
(Oktober 23)



Zwischenpräsentation
(Dezember 23)



Abschlusspräsentation
(Februar 24)



Abschlussbericht
(Februar 24)



**Auswertungs-
gespräche**
(März 24)

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

Digitalisierungspipeline 2024

1	Antrag Wahlhelferanmeldung
2	Antrag Wahlhelferverpflichtung
3	Parkerleichterungen für Schwerbehinderte beantragen
4	Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für den Betrieb einer Wasser-Wasser-Wärmepumpe nach §§ 8, 9 und 10 Wasserhaushaltsgesetz
5	Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach §§ 8 und 9 Wasserhaushaltsgesetz Gartenbrunnen
6	Anzeige eines geplanten Erdaufschlusses zur Grundwasserentnahme für die Gartenberegnung
7	Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zum Abbrennen eines Feuerwerks Klasse II
8	denkmalschutzrechtliche Erlaubnis
9	virtuelles Bauamt
10	eingeschränktes Halteverbot Umzug
11	Sondernutzung Baustelle
12	Planungsportal 2.0
13	Sondernutzung Straßen
14	Wohngeld beantragen
15	Antrag Einbürgerung
16	Fundbüro "Novafind"
17	Infektionsschutzbelehrung inklusive Bescheinigung beantragen
18	Aufenthaltstitel erweitern
19	Anzeige einer selbstständigen Tätigk Gesundheitsberuf
20	Wohnberechtigungsschein beantragen
21	Verpflichtungserklärung beantragen
22	Antrag Landespflegegeld
23	Antrag Miet- und Enrgieschulden
24	Antrag Haftmiete

25	Leichenpass
26	Antrag Bestattungskosten
27	Anmeldung von Hunden
28	iKfz Stufe 4
29	Veranstaltungsanmeldung
30	Weinbegleitdokumente
31	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
32	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII und Leistungen nach dem AsylbLG
33	Unterhaltsvorschuss Bewilligung
34	Elterngeld beantragen
35	Hundesteuer Festsetzung (unter Vorbehalt)

IT-Sicherheit in der LHP

PTD -30.04.2024



Berichterstattung der LDA (1)



Einen erneuten Angriff auf die IT-Infrastruktur der Landeshauptstadt Potsdam im Dezember 2022 nahm die Landesbeauftragte zum Anlass, zu überprüfen, ob die Stadtverwaltung aus dem vorangegangenen Vorfall die richtigen Konsequenzen gezogen hatte (A III 3, Seite 67). Wir forderten die einschlägigen Dokumentationen an – mit ernüchterndem Ergebnis. Unter anderem fehlte ein gültiges Datenschutz- und Informationssicherheitskonzept. Ein solches Konzept dokumentiert geeignete und angemessene technische und organisatorische Maßnahmen, um die Risiken der Verarbeitung personenbezogener Daten für die Betroffenen zu minimieren. Es handelt sich also keineswegs um eine Formsache, sondern um ein wesentliches Instrument des Datenschutzes und der IT-Sicherheit. Gleiches gilt für das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten. **Zeitpläne und Fristen, welche die Stadtverwaltung sich selbst gesetzt hatte, um uns über den Fortschritt der Erstellung dieser Dokumentationen zu informieren, hielt sie nicht ein. Letztlich waren auch die Verantwortlichkeiten innerhalb der Behörde ungeklärt. Bis zum heutigen Tag hat sie gesetzlich geforderte Unterlagen nicht vorgelegt.** Die Landesbeauftragte hat mittlerweile eine Verwarnung ausgesprochen, bleibt mit der Stadtverwaltung aber im Austausch, bis die erforderlichen Nachweise vollständig vorliegen. Dagmar Hartge: An den andauernden Versäumnissen gibt es nichts zu beschönigen: Die IT-Sicherheitsvorfälle in der Potsdamer Stadtverwaltung verdeutlichen, wie dringend sie ein systematisches IT-Sicherheitsmanagement benötigt. Diesen Herausforderungen muss sich die Landeshauptstadt endlich stellen. Dass sowohl die IT-Sicherheit als auch der Datenschutz wichtige Führungsaufgaben sind, darf keine bloße Floskel bleiben.

Berichterstattung der LDA (2)

Zu folgenden Terminen bitte ich um eine unaufgeforderte Sachstandsmitteilung:

1. **23. Oktober 2023** Definition des Umfangs und Gliederung der Inhalte (final) (IT-Sicherheitskonzept) sowie einen kurzen generellen Sachstand und die Interimslösung für das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten.
2. **2. Januar 2024** Sachstand des IT-Sicherheitskonzeptes und Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten.
3. **31. März 2024** Sachstand des IT-Sicherheitskonzeptes sowie einen eventuellen Entwurf.
4. **30. Juni 2024** Das finale IT-Sicherheitskonzept.

Auszug LDA-Schreiben 9.10.2023 mit abgestimmten Meilensteinen zur Informationssicherheit

Antworten der LHP am 5.1.24, 30.3.24 sowie 8.4.24 ohne Kommentierung der LDA

IT-Sicherheitskonzept zu 70% „final“ am 8.4.

LDA-Sichtweise und Veröffentlichung aus IT-Sicherheitssicht nicht richtig und nachvollziehbar

Verantwortlichkeiten gesetzlich geregelt - Verwaltungsspitze

Unterscheidung Informations- und IT-Sicherheit



Quelle: LEXTA

Themenfelder der Informationssicherheit



Kapazitäten und Prioritäten! - Stellenbesetzungen



Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.

Einführung eines eigenständigen Digitalisierungsausschusses in Potsdam

Die fortlaufende Digitalisierung stellt eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit Potsdams dar. Ein dezidierter Digitalisierungsausschuss würde es ermöglichen, sich gezielt und effizient dieser Herausforderung zu stellen, indem er die Themen Digitalisierung mit der nötigen Expertise und Aufmerksamkeit vorantreibt.

Mögliche Aufgaben des Digitalisierungsausschusses

Grundsatzfragen der Digitalisierung: Entwicklung einer kohärenten Strategie für die digitale Transformation Potsdams, inklusive der Definition von Leitlinien und Prioritäten.

Smart City und Open Source Strategien: Begleitung der Smart City Projekte mit Schwerpunkt auf Digitalisierung (bspw. LoRaWAN, Urbane Datenplattform), sowie die generelle Förderung smarter städtischer Infrastrukturen durch die Nutzung offener Daten und Plattformen, die effiziente und benutzerfreundliche Lösungen für städtische Probleme bieten.

Sicherstellung der digitalen Infrastruktur: Der Ausschuss befasst sich mit der digitalen Infrastruktur sowie der Sicherstellung der IT- und Informationssicherheit. Zwei IT-Sicherheitsvorfälle verdeutlichen die Priorität.

Koordination von Digitalprojekten: Der Ausschuss überwacht und koordiniert Digitalisierungsinitiativen, setzt Prioritäten und berät die Ressourcenallokation.

Förderung von Innovation und Technologiepartnerschaften: Der Ausschuss fördert die Zusammenarbeit mit Technologieunternehmen und Forschungseinrichtungen im Bezug auf die Digitalisierung, um Potsdam als Standort für digitale Innovationen zu stärken.

Evaluation und Monitoring: Regelmäßige Bewertung der Digitalisierungsfortschritte und Anpassung der Strategien.

Koordination mit dem Digitalisierungsrat: Der Ausschuss ist direkte Andockstelle für die Arbeit des Digitalisierungsrates.

Argumente für die Einführung eines Digitalisierungsausschusses

Fokussierung auf Digitalisierungsthemen: Spezialisierung ermöglicht intensivere Auseinandersetzung mit digitalen Entwicklungen. Im Kontrast hierzu ist die aktuelle dreiteilige Gliederung in Partizipation, Transparenz und Digitalisierung nicht zielführend, da sich die Themen fachlich zu stark unterscheiden und somit eine fachkundige Befassung nicht für alle Mitglieder des Ausschusses möglich ist.

Steigende Relevanz der Digitalisierung: Die Thematik gewinnt immer mehr an Wichtigkeit. Eine strategische Steuerung ist somit unabdingbar.

Notwendigkeit der Ausschussform: Die institutionalisierte Form eines Ausschusses gewährleistet die erforderliche Anbindung an die Stadtverordnetenversammlung, einen regelmäßigen Turnus und entsprechende Rechte.

Argumente gegen die Einführung eines Digitalisierungsausschusses

Arbeitsaufwand: Ein eigenständige Digitalisierungsausschuss kommt mit zusätzlichen zeitlichen Aufwand einher. Es muss abgewogen werden, ob die Digitalisierung der Landeshauptstadt wichtig genug ist, um den zusätzlichen Aufwand zu rechtfertigen.

Vergleich mit anderen Städten

Städte wie Duisburg und Köln haben bereits erfolgreich eigenständige Digitalisierungsausschüsse etabliert. Diese Ausschüsse haben zu spürbaren Verbesserungen in der Digitalstrategie und Umsetzung geführt. In Duisburg beispielsweise hat der Ausschuss maßgeblich zur Entwicklung einer umfassenden Smart City-Strategie beigetragen, während in Köln durch den Ausschuss die

Digitalisierung der Verwaltung und die Einführung neuer digitaler Bürgerdienste beschleunigt wurden.

Schlussfolgerung und Empfehlung

Die Einrichtung eines eigenständigen Digitalisierungsausschusses ist ein entscheidender Schritt, um die Digitalisierung in Potsdam strategisch voranzutreiben und die Stadt auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Dieser Ausschuss würde nicht nur die Effizienz und Effektivität der digitalen Transformation verbessern, sondern auch sicherstellen, dass ein angemessener institutioneller Rahmen für die Digitalisierung Potsdam als moderne, innovative und bürgernahe Stadt wahrgenommen wird.

Anlehnung an den Digitalisierungsausschuss in Köln:

“Grundsatzfragen der Digitalisierung beziehungsweise der digitalen Transformation und deren strategischer Ausrichtung, insbesondere bei Angelegenheiten der schulischen und außerschulischen Bildung, der Smart City, der Open Source Strategie, der digitalen Teilhabe, dem Datenschutz, der Datensicherheit und der Datenkommerzialisierung, der digitalen Diskriminierung, der digitalen Infrastruktur insbesondere der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, im Bereich des e-Sport, des eGovernment und des open Government”

Quelle: <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/ausschuesse-und-gremien/71445/index.html>

Staffelübergabe 2024 Thementeil Partizipation und Transparenz

Das Thema Partizipation und Transparenz ist erstmals 2019 im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung (PTD) als eigenständiges Thema aufgeführt. Der Ausschuss möchte Erfahrungen mit dem Thema Partizipation und Transparenz mit der Stadtverordnetenversammlung (SVV) der nächsten Wahlperiode teilen.¹

Das Thema Partizipation, für Potsdam als Bürgerkommune bezeichnet, steht **im Spannungsfeld von Politik (SVV), Zivilgesellschaft und Verwaltung**: es regelt bürgerschaftliches Engagement durch verschiedene Beteiligungsformen, politische Gestaltung durch die SVV und ausführende Gestaltung durch die Verwaltung der LHP – und damit auch um die Gestaltungsmacht in der LHP. Insofern geht es hier auch um das Verhältnis von repräsentativer Demokratie durch gewählte Stadtverordnete, administrative Umsetzungsmacht und basisnahe Mitspracheformen bei der Gestaltung des öffentlichen Stadtlebens. Ziel ist vorrangig die methodische und strategische Ausrichtung der Beteiligung, dabei gelten übergeordnete Kriterien wie Wirksamkeit der Beteiligung, Verteilungsgerechtigkeit der Ressourcen, Maximierung von Synergie-Effekten, Ressourceneffizienz etc. als Qualitätsmarker für eine effektive Beteiligungsstrategie der (zukünftigen) SVV. Die Digitalisierung wird dafür ein unterstützendes Element darstellen.

Wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, ist der **soziale Zusammenhalt und die Gefährdung der freiheitlichen Demokratie eben auch auf kommunaler Ebene** ein Thema, mit dem sich die Stadtverordneten in Potsdam in der nächsten Wahlperiode beschäftigen müssen, bei gleichzeitig enger werdenden Spielräumen der nichtpflichtigen Aufgaben der Stadt. Hierzu gehört auch die stärkere Einbindung und Berücksichtigung der Interessen der Potsdamer Ortsteile bzw. der Ortsbeiräte.

Neben den uneinheitlich verwendeten Bezugsgrößen² wurden vielfältige, aber nicht ausreichend effektive Formate entwickelt; die **Wertschöpfung der ehrenamtlichen Partizipationsformate** und deren Ergebnisse werden berichtet, insbesondere des in den letzten Jahren immer proaktiveren Beteiligungsrats, aber **nicht konsequent in Wert gesetzt und nachverfolgt**. Insbesondere fehlen frühzeitige niedrigschwellige direkte Formen der Beteiligung für geplante kleinräumige Umfeldveränderungen.

Wie auch vom PTD-Ausschuss vorgeschlagen, wird die Partizipationslandschaft der LHP durch das neu gebildete Team Kommunikation und Partizipation SG 99 (Team Bojunga) auf den Prüfstand gestellt – erste Ergebnisse werden im Herbst 2024 erwartet.

Daher empfiehlt der PTD-Ausschuss:

1. zur Fortschreibung der Partizipationsformen der LHP:

¹ Grundlage ist der Beschluss aus 2013 zur Bürgerbeteiligung und die Fortschreibung aus 2017. Die Ergebnisse der vom PTD 2021 gegründeten, allerdings selten tagenden AG Partizipation sind im folgenden eingeflossen.

²Klärung und Vereinheitlichung für Organisationsformen: Wahlkreise (6) – Stadtverordnete; Sozialräume (6) – Bürgerbudgets; Stadtteile (33?21?) – ohne Ortsteile; Wohngebiete (7) – ohne Ortsteile (im Haushaltsentwurf)

- a. frühzeitige Kommunikation und Kooperation mit FB 99 – Kommunikation und Partizipation - welchen Diskussionsstand gibt es, Einbindung von Stadtverordneten bei der Konzeptentwicklung?
- b. Lehren aus den bislang erprobten Beteiligungsformen gemeinsam diskutieren: Grundlage sollten verschiedene Evaluationen sein, z.B. des DIFU von 2016 zur strukturierten Bürgerbeteiligung, vom Beteiligungsrat, von Prof. K etc
- c. externe Evaluierung der Beteiligungsformen fortsetzen?

2. zu den noch offenen Anträgen der SVV und von allen Fraktionen gewünschten dezentralen Beteiligungsformen eine intensive Befassung mit

- a. Stadtteil-Teilhabe, insbesondere von Kindern und Jugendlichen - Fragestellungen
 - i. Rechtslage
 - ii. Formen frühzeitiger niedrigschwelliger direkter Formen der Beteiligung für geplante kleinräumige Umfeldveränderungen (Kiez nicht großräumiger „Sozialraum“)
 - iii. Fortschreibung des Formats Bürgerbudgets/Bürgerhaushalt mit Ziel gesellschaftlichen Zusammenhalts
- b. Strukturfragen bei Stadtteilgremien im Verhältnis zu den Wahlkreisvertreter*innen. (rechtlich: in Abgrenzung zu Ortsbeiräten)

3. Petitionen, Eingaben, Bürgerinitiativen

Der PTD hat nur wenige Überweisungen erhalten. Hier besteht kein akuter Handlungsbedarf

Die **Empfehlung des PTD** lautet daher, angesichts der umfangreichen konzeptionellen Aufgaben der Gestaltung des Zusammenhalts der Stadtgesellschaft **einen Ausschuss mit den Themen „Kommunale Demokratie, Toleranz und Transparenz, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“** zu beschließen.